

LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft 1/2004 März 2004

Alles neu im Landeselternbeirat?

Alles nicht -
und doch drei bemerkenswerte Dinge:

1. Neue Adresse

Ab April diesen Jahres finden Sie uns unter einer neuen Adresse: Wallstraße 3, 55122 Mainz, gegenüber dem Westausgang des Hauptbahnhofs. Dorthin zieht nämlich das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend – und die Geschäftsstelle des Landeselternbeirates mit ihm – wegen dringender Umbauarbeiten am jetzigen Gebäude. Nach voraussichtlich zweieinhalb Jahren geht es dann zurück in die Mittlere Bleiche.

2. Neuwahlen

Im Juni werden Landeselternbeirat und Regionaelternbeiräte neu gewählt und wir möchten Sie zur Kandidatur und Mitarbeit ermutigen. Informationen über Wahlordnung und Arbeit in den Gremien gibt Ihnen Vorstandsmitglied Klaus Schmitt auf Seite 4. Die Vorwahlen für die Wahlvertreter der Grund- und Hauptschulen finden übrigens bereits im März statt.

3. Neues Layout

Hoffentlich haben Sie die Elternzeitung in der neuen Aufmachung noch wiedererkannt! Wir wollen mehr Farbe bekennen und die Seiten ansprechend und leserfreundlich gestalten. Ihre Meinung dazu ist uns wichtig! Wir würden uns über eine Rückmeldung freuen.

Marie-Charlotte Opper-Scholz



Aus dem Inhalt:

Referat auf dem Landeselterntag 2003

Bildung - die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Seite 2

Ziel: Qualitative Verbesserung des Unterrichts

Bildungsstandards für den Mittleren Abschluss

Seite 6

Der Landeselternbeirat gratuliert

Auszeichnung für langjährige Elternarbeit

Seite 13

Termine

Elternfortbildung 2004

Seite 16

Bildung - die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Zusammenfassung des Vortrags auf dem Landeselterntag im November 2003

Von Gero Lenhardt

I. Die soziale Frage heute

Die soziale Frage ist die Frage nach der Gleichheit und Freiheit der unteren sozialen Schichten. Hier leben auch heute noch viele am Rand von Wirtschaft, Politik und Kultur.

II. Schule und soziale Integration

Die Betroffenen erfahren in unseren Schulen im internationalen Vergleich wenig Unterstützung. PISA zeigt:

- (1) Unsere Schulen produzieren besonders viele besonders schlechte Schüler.
- (2) Sie gleichen die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der jungen Leute besonders schlecht aus.
- (3) Die Tendenz zu Standes- und Gettoschulen trägt zu sozialer Segregation bei.

III. Ständische Bildungsordnung - naturalistisch modernisiert

In Deutschland sind die Wertnormen lebendiger geblieben, die im 19. Jahrhundert die soziale Frage entstehen ließen. Der Glaube an gottgewollte Unterschiede der individuellen Würde und an die Standeshierarchie wurde rationalisiert zum Glauben an naturgegebene Begabungen und an einen objektiven Qualifikationsbedarf. Beispiel aus einem CDU-Bildungsprogramm: „Das Bildungsbeziehungsweise Ausbildungssystem

und das Beschäftigungssystem laufen zunehmend auseinander. Auf der einen Seite gibt es immer mehr Abiturienten, die ein wissenschaftliches Studium aufnehmen wollen, ohne dafür geeignet zu sein; auf der anderen Seite nimmt trotz des qualitativ hohen Standards der deutschen Berufsausbildung und guter Beschäftigungsperspektiven für Fachkräfte das Interesse der jungen Menschen an dieser Ausbildung ab. Aus dem Mangel an qualifizierten Fachkräften erwächst eine weitreichende Gefährdung der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Eine Korrektur der Bildungspolitik zugunsten berufsbezogener Bildung ist unverzichtbar“.

Die Schulpraxis, die dem naturalistischen Bildungscredo folgt, widerspricht den Wertnormen des Grundgesetzes, insbesondere dem Leistungsprinzip, dem Sozialstaatsgebot und der Bildungsfreiheit.

Wissenschaftlich ist der Glaube an Begabung und Qualifikationsbedarf ohne Fundament.

IV. Begabungsglaube und Unterrichtspraxis

Der Begabungsglaube lässt eine Selektion entstehen, die international ohne Beispiel ist. Dabei wirken Lehrer, Eltern und

Schüler zusammen. Das geschieht zu Lasten vor allem der sozial Schwachen:

- Die Schüler werden bei der Einschulung besonders häufig zurückgestellt und an Sonderschulen verwiesen.
- Dann werden sie beim Eintritt in die mehrgliedrige Sekundarstufe selektiert und unterschiedlichen Schulformen zugewiesen. In den westlichen Demokratien findet eine leistungsabhängige Selektion dagegen zumeist erst nach der Pflichtschulzeit statt.
- Sie werden danach häufig auf Schulformen mit niedrigerem Leistungsanspruch zurückgestuft.
- Sie bleiben häufiger sitzen als die Schüler irgendeines anderen OECD-Landes. Dabei trägt das Sitzenbleiben zur Lösung von Schulproblemen nichts bei.
- Jeder dritte 15-jährige Schüler wurde schon einmal auf eine niedrigere Schulform relegiert oder ist einmal sitzengelassen, unter den Hauptschülern sogar jeder zweite.

Der Begabungsglaube geht einher mit einem pessimistischen Menschbild. Aus dem Protestbrief eines GEW-Mitglieds:

„Wenn man mit lauter Fünfen und Sechsen das Klassenziel ebenfalls erreicht - wozu soll ich mich anstrengen? Das de-

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Dieter Dornbusch (verantwort.)

Geschäftsstelle

Wallstraße 3
55122 Mainz

Telefon 061 31- 16 29 26

Fax 061 31- 16 29 27

<http://leb.bildung-rp.de>

leb@mbfj.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleitungen über die Schulleitungen zugestellt.

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Dieter Dornbusch, In der Wolfshecke 3
56412 Holler
Tel.: 02602 - 9995803, 0171 - 2117870
E-mail: dieter.dornbusch@web.de

Stellvertretende

Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer
Tel.: 06232 - 43393
E-mail: gabwg@t-online.de

Klaus Schmitt, Otto-Dill-Str. 22

67061 Ludwigshafen

Tel.: 0621- 565757

E-mail: klaus.schmitt@email.de

Beisitzer

Petra Dick-Walther

Frank-Thomas Kraft

Regionalelternsprecher

Regionalelternsprecher Koblenz

Petra von Hövel
Junkerntal
57548 Kirchenwehbach
Tel.: 02741 - 7470

Neustadt

Horst Wonka
Höhelschweilerweg 10
66989 Nünswheiler
Tel.: 06336 - 92110
E-mail: wonka-ing@t-online.de

Trier

Horst Kruse
Im Brauer 12 A
56841 Traben-Trarbach
Tel.: 06541 - 9626
E-mail: horst-kruse@web.de

Niveaugliederung der öffentlichen Schulen im Pflichtschulbereich nach PISA

Testscores o. G.: ohne Leistungsgliederung

Ziffer: Klassenstufe, auf der die Leistungsgliederung beginnt

1. Finnland o. G.	12. Island o. G.	23. Ungarn 4, 6 und 8
2. Kanada o. G.	13. Norwegen o. G.	24. Polen 8
3. Neuseeland o. G.	14. Frankreich 9	25. Griechenland o. G.
4. Australien o. G.	15. USA o. G.	26. Portugal 8
5. Irland 6	16. Dänemark	27. Russland 4 und 9
6. Korea o. G.	17. Schweiz 4, 5 bzw. 6	28. Lettland o. G.
7. GB o. G.	18. Spanien o. G.	29. Luxemburg 6
8. Japan o. G.	19. Tschechien 5 zumeist 8	30. Mexiko 6
9. Schweden o. G.	20. Italien 8	31. Brasilien o. G.
10. Österreich 4	21. Deutschland 4 bzw. 6	32. Niederlande o. G.
11. Belgien 6	22. Liechtenstein 5	

Der pädagogische Optimismus der westlichen Einheitsschule ist keine Erfindung der Bildungspolitik. Er entstammt dem Menschenbild der Demokratie.

motiviert! Die Leistungen ... der Klassen insgesamt würden weiter nachlassen. Ein wahrer Dambruch! Alle Maßnahmen, die zur Ordentlichkeit, Pünktlichkeit, Einsatzfreude, Ehrlichkeit, Leidenschaft usw. beitragen sollen, (das sind lauter Tugenden, die beim Erwerben weh' tun) laufen noch in viel höherem Maße als bisher ins Leere..... Wer dauernd dem Qualitätsanspruch nicht gerecht wird, sollte die Schule bzw. die Schulart wechseln bzw. wechseln müssen.“

V. Bildung in den westlichen Demokratien

In den westlichen Demokratien glaubt man nicht an Begabung, sondern an universelle Bildungsfähigkeit. Danach hat jeder Teil an der Bildungsfähigkeit, in der alle Menschen übereinstimmen. Die allgemein menschliche Bildungsfähigkeit soll auch in der Schule zählen, und nicht die tatsächlichen Leistungen, in der sich die Schüler unterscheiden. Lehrer und Schüler sollen sich an der Möglichkeit der Bildung orientieren und sie damit Wirklichkeit werden lassen. Leistungsschwache Schüler sollen also auch nicht um Lernchancen gebracht werden, in dem man sie auf Schulen mit niedrigeren Ansprüchen und weniger Schuljahren herabstufte. Man hat deswegen die überkommene Hierarchie von höherer und niedriger Bildung aufgegeben und die bürgerliche Einheitsschule geschaffen. In den wenigen Fällen, in denen das nicht geschehen ist, hat man eine schulförmige Leistungsgliederung auf die Bildungsphase jenseits der Schulpflicht hinausgeschoben, in Frankreich z.B. auf die 9. Klassenstufe.

VI. Aussichten

Die BRD hinkt mit ihrer Schulentwicklung hinter den anderen westlichen De-

mokratien her. Das tut sie schon immer, also zuverlässig. Es besteht Hoffnung, dass das optimistische und freundliche



Menschenbild der Demokratie auch bei uns obsiegen wird. Demokratische Wertorientierungen lassen sich nicht verordnen. Deswegen kommt den Eltern und ihren Verbänden eine umso größere Bedeutung zu. Tatsächlich lassen sie auch den Glauben an Begabung und Qualifikationsbedarf hinter sich und machen sich das bürgerlichen Bildungscredo der westlichen Demokratien zu eigen. Es schließt an die christliche Gleichheitsidee an und besagt: Die Bildung eines Jeden liegt im Interesse aller. Auf dieser Grundlage kommen wir auch mit der Lösung der sozialen Frage voran.

Dr. Gero Lenhardt ist langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max Planck Institut für Bildungsforschung in Berlin. Er arbeitet dort über die Entwicklung von Bildung und Gesellschaft, derzeit an einem Vergleich der Hochschulentwicklung in Deutschland und in den USA. Zusammen mit einem ostdeutschen Kollegen hat er ein Buch über die Schulentwicklung in den beiden deutschen Staaten veröffentlicht. Er hat an verschiedenen Universitäten des In- und Auslandes geforscht, darunter an der Stanford University in Kalifornien, an der Universität von Tel Aviv und an der Universität von Tartu in Estland.

Helga Wagner (IFB) im Arbeitskreis „Elternmitwirkung“ auf dem Landeselterntag
Foto: Bastian Pollmann

Die ausführliche Fassung dieses Beitrages auf dem Landeselterntag 2003, finden Sie auf der Homepage des Landeselternbeirates (<http://leb.bildung-rp.de>).

Nach Referat und anschließender Diskussion der Eltern mit Referent und Bildungsministerin Ahnen informierten sich die Eltern in neun Arbeitskreisen u.a. über Möglichkeiten der Elternmitwirkung, Schwerpunkt-schulen, Prävention in der Schule oder Bildungssystem und Chancengerechtigkeit.

Neuwahlen im Juni

Landeselternbeirat und Regionalelternbeiräte in Rheinland-Pfalz werden neu gewählt

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wird die Schulelternsprecher/innen aller Schulen in Rheinland-Pfalz zur Wahl einladen. Die Wahlen erfolgen für die Wahlbezirke Koblenz, Neustadt/Wstr. und Trier nach Schularten getrennt in Wahlversammlungen. Wahlberechtigt (aktives Wahlrecht) ist grundsätzlich der/die Schulelternsprecher/in, im Verhinderungsfall der/die Vertreter/in. Sind Schulelternsprecher/in und Stellvertreter/in verhindert, ist vom Schulelternbeirat ein anderes Mitglied des Schulelternbeirats zu wählen. Für die öffentlichen Grund- und Hauptschulen gilt jedoch, dass je Landkreis/kreisfreie Stadt 3 Wahlmänner/frauen zur Wahlversammlung für die beiden Schularten entsandt werden. Aus der Mitte der Mitglieder der Schulelternbeiräte der jeweiligen Schulart erfolgt dann die Wahl der Mitglieder des Landeselternbeirates bzw. des Regionalelternbeirates (passives Wahlrecht).

Aufgaben des Landeselternbeirats

Der Landeselternbeirat vertritt die Interessen der Eltern des Landes in allen schulischen Fragen gegenüber der Schulverwaltung, den Schulen und der Öffentlichkeit. Er hat Anspruch auf Unterrichtung und Beratung in allen für die Schulen des Landes wesentlichen Fragen und berät das fachlich zuständige Ministerium in grundsätzlichen Fragen (siehe auch § 37 SchulG).

Die konkrete Arbeit....

Der LEB trifft sich monatlich (Ausnahme Ferienmonate) zu einer Plenumsitzung (Teilnahme alle Mitglieder) in Mainz. In den Plenarsitzungen werden die durch den Vorstand bzw. die Ausschüsse erarbeiteten Vorlagen beraten oder verabschiedet. In den Plenarsitzungen stehen Vertreter des Bildungsministeriums den Eltern Rede und Antwort. Referenten zu aktuellen schul- und bildungspolitischen Fragen werden durch den LEB zu den Plenarsitzungen eingeladen um die Meinungsbildung der Eltern zu stützen und zu fördern. Die konkrete Arbeit wird in den Ausschüssen geleistet. Es gibt eigene Ausschüsse für jede Schulart (Grundschulausschuss etc.) bzw. themenbezogene Ausschüsse (z.B. erarbeitet der Anhörungsausschuss federführend Stellungnahmen des LEB zu Entwürfen von Gesetzen und Verordnungen des Landes). Auch die Homepage und die Elternzeitschrift sind Produkte der jeweiligen Ausschüsse. Die Ausschüsse legen ihre Themen und Sitzungstermine selbst fest.

Einmal im Jahr trifft sich der LEB zu einer zweitägigen Klausurtagung, an der regelmäßig neben Mitarbeitern des Ministeriums auch die Bildungsministerin selbst teilnimmt. Ein wichtiger Termin im Jahr ist der jährlich im November stattfindende Landeselternntag, der durch den LEB in Zusammenarbeit mit dem REB der gastgebenden Region vorbereitet und durchgeführt wird. Je ein Mitglied jeder Schulart vertritt das Land



LEB-Vorstand in Beratung mit Ministerin Ahnen, April 2003

Rheinland-Pfalz beim Bundeselternrat (3 Wochenendtermine je Kalenderjahr). Besondere Aufmerksamkeit widmet der LEB auch dem Thema Elternfortbildung, die er in Boppart, Speyer und Saarburg für interessierte Eltern in Zusammenarbeit mit dem landeseigenen Institut für schulische Fortbildung und schulpsychologische Beratung (IFB) gestaltet. Unterstützung erfährt der LEB durch die beiden Mitarbeiterinnen der LEB-Geschäftsstelle, die die allgemeinen Verwaltungsaufgaben erledigen, die Sitzungen vorbereiten und als Ansprechpartner und Adressaten eine wichtige Funktion wahrnehmen.

LEB-Mitglieder nehmen ferner an verschiedenen Veranstaltungen der Ministerien, Lehrerverbände, der Gewerkschaften, der politischen Parteien, von verschiedenen Verbänden und Instituten landesweit teil.

Die Mitglieder üben ein öffentliches Ehrenamt aus und ihnen ist, soweit sie in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, auf Antrag die für die Ausübung des öffentlichen Ehrenamtes notwendige Zeit zu gewähren. Die Mitglieder des Landes- bzw. Regionalelternbeirates erhalten für die Teil-

nahme an Sitzungen Fahrtkostenersatz, Tagegeld und Ersatz des Verdienstaufhalles.

Engagement bringt Gewinn

Das liest sich alles etwas nüchtern. Vielleicht erschreckt dies auch zunächst. Ehrenamtliche Tätigkeit setzt Engagement voraus. Doch die Aufgaben können ja auf bis zu 38 Mitglieder verteilt werden. Neben der zeitlichen Inanspruchnahme, die je Mitglied unterschiedlich gestaltet werden kann, ist auch festzuhalten, welchen „Gewinn“ jeder einzelne für sich individuell aus seinem Engagement zieht. Der Stellenwert, den sich der Landeselternbeirat in den letzten Jahren erarbeitet hat und die Anerkennung, die er inzwischen genießt, ist auf den Sachverstand und die Kompetenz engagierter Eltern zurückzuführen. Auch der neue Landeselternbeirat benötigt engagierte Eltern um die anstehenden Veränderungen im Bildungsbereich und an den Schulen kompetent zu begleiten.

Klaus Schmitt

Antworten auf häufig gestellte Fragen finden Sie auf der Homepage des LEB.

Aus dem Landeselternbeirates

Stellungnahme zu Schulfahrten und Kopiergeld

Frau Lotze-Dombrowski, Juristin im Bildungsministerium, stellt zunächst klar, dass Eltern grundsätzlich nicht verpflichtet sind, pauschales Kopiergeld zu zahlen. Die Alternative, die Einzelabrechnung für jede Kopie, sei jedoch viel zu aufwändig. Im Plenum wird ausführlich darüber diskutiert, wie die Schulelternbeiräte an den Schulen zur Bildung von mehr Kostenbewusstsein beitragen können. Wichtig sei vor allem eine Transparenz von Einnahmen und Ausgaben. Außerdem könnten Kopier-Budgets für einzelne LehrerInnen zur Senkung der Kosten beitragen. Die SEB's sollten das Thema „Kosten für Lehrmittel“ offensiv angehen. Zum Thema Schulfahrten informiert Frau Lotze-Dombrowski darüber, dass im vergangenen Jahr probeweise eine Pauschalierung der Reisekostenerstattung für Lehrkräfte angeordnet worden sei, die auch im Jahr 2004 noch Geltung hätte. Insbesondere in Sonderschulen, die auch auf Klassenfahrten einen höheren Betreuungsaufwand hätten, habe dies zu Härten geführt. Es sei eine Arbeitsgruppe im MBFJ geplant, die eine bessere Lösung des Problems Reisekostenerstattung finden solle. Da im Gesamthaushalt jedoch nicht mehr Mittel für Schulfahrten zur Verfügung gestellt werden könnten, sei nicht mit einer Ideallösung zu rechnen. In der sich anschließenden Diskussion fordern die Eltern für die neu zu erlassenden Richtlinien für Schulfahrten die Formulierung von Grundsätzen, die auch pädagogische Fahrten-Konzepte vorschreiben. Für sinnvoll erachten die Eltern Klassenfahrten nur, wenn es eindeutige Bezüge zu pädagogischen Inhalten inklusive entsprechende Vor- und Nachbereitung gibt. Unter der Voraussetzung, dass Schulfahrten pädago-

gisch sinnvoll seien, müssten allerdings auch alle LehrerInnen zur Durchführung bzw. Mitfahrt verpflichtet werden können, so die Meinung der LEB-Mitglieder.

Rahmenpläne Mathematik und Fremdsprachen in der Grundschule

Frau Kleinschnieder, Oberste Schulaufsicht der Grundschulen im Bezirk Neustadt, führt aus, dass die Grundschul-Rahmenpläne der Entwicklung einer veränderten Lehr- und Lernkultur Rechnung tragen und Ziele und Kompetenzen für das Ende der Grundschulzeit formulieren. Zentral sei die Vermittlung von anschlussfähigem und anwendungsfähigem Wissen. In Mathematik gehe es um Mathematische Denk- und Transferfähigkeit, im Bereich Fremdsprachen um eine Spracherwerbskompetenz und in Deutsch um Verstehen und Verstanden werden. Diese Ziele erreiche man nicht durch stures Abarbeiten eines Lehrbuches. Vielmehr bedürfe dieser Unterricht sorgfältiger, anspruchsvoller Vorbereitung. Eine Hilfe böten Praxisbeispiele im Internet

(www.grundschule.bildung-rp.de).

Der Teilrahmenplan Mathematik liegt bereits vor, für den Bereich Fremdsprachen gibt es einen fertigen Entwurf. Für Deutsch sei ein Rahmenplan in Arbeit, folgen sollten Pläne für Sachkunde, Ästhetik/Sport und Religion/Ethik. Die Fremdsprachenarbeit würde in zwei Stufen auf die 1. und 2. Klassen ausgeweitet: Die Hälfte der Grundschulen beginne schon im nächsten Schuljahr damit, die anderen im übernächsten. Die Fremdsprachenkompetenz solle in allen Lernbereichen angestrebt werden und im Wesentlichen eine kommunikative Kompetenz beinhalten, keine formale, und interkulturelle Erziehung und Bildung mit einschließen. Der Lernerfolg solle mit Hilfe eines

Sprachenportfolios dokumentiert werden. Unklar sei noch, wie die weiterführenden Schulen die in der Grundschule erworbenen Fremdsprachenkompetenzen fruchtbar aufgreifen würden.

Schon jetzt sei deutlich, dass die für 2004 erwarteten Bildungsstandards für die Grundschule ganz nah an den Leistungsprofilen der Rahmenpläne lägen.

In der anschließenden Diskussion sehen die Eltern vor allem die Umsetzung, die Qualifikation der LehrerInnen für diese Arbeit und den Anschluss an die weiterführende Schule (hier das Gymnasium) skeptisch. Frau Kleinschnieder ist zuversichtlich, dass durch Fort- und Weiterbildung, durch entsprechend veränderte Lehrer-Ausbildung, durch Beratung und Kontrolle der Umsetzungsprozess in Gang komme. Sie wünscht sich, dass die Heterogenität von Lerngruppen in der Schule insgesamt zunehmend als Bereicherung erfahren wird. Auf Nachfrage betont sie die große Bedeutung des Muttersprachenunterrichts für SchülerInnen anderer Herkunftssprachen für den Erwerb einer Zweitsprache und berichtet über Versuche, z.B. Türkisch oder Russisch als Wahlpflichtfach einzuführen.

Information zu VERA

Frau Kleinschnieder berichtet über die Durchführung der 1. Vergleichsarbeiten in Mathematik, die neben Förderhinweisen für den einzelnen Schüler vor allem Hinweise auf die Gestaltung des Unterrichts geben solle. Die Erfahrung habe gezeigt, dass der Zeitpunkt im November nicht gut gewesen wäre. In 2004 sollen die Vergleichsarbeiten dann in Mathematik und in Deutsch schon im September geschrieben und vor den Herbstferien ausgewertet werden. Der beträchtliche Korrekturaufwand solle durch eine Optimierung des Bewertungsverfahrens gesenkt werden.

Praktische Beispiele der Schulsozialarbeit

Franjo Schohl, LEB-Mitglied und Schulsozialarbeiter an einer Schule in Wiesbaden, führt zunächst an zwei praktischen Beispielen die Arbeit mit abenteuer- und erlebnispädagogischen Elementen in der Schulsozialarbeit vor. Es wird deutlich, dass durch erlebnispädagogische Maßnahmen LehrerInnen oder Sozialarbeiter das notwendige Vertrauen der SchülerInnen als Voraussetzung für das weitere Vorgehen erst gewinnen. Daher müssten diese Maßnahmen auch von den betreffenden LehrerInnen oder Sozialarbeitern selbst durchgeführt werden und nicht von außenstehenden Profis. Darüber hinaus stellt er das psychosoziale Netzwerk aus Eltern, Schule Jugendamt, Schulpsychologischem Dienst, Ärzten und Polizei vor, das bei Konfliktfällen zusammenarbeitet.



Aus seiner Sicht ergeben sich insgesamt folgende Forderungen:

- Diagnosekompetenz in den Kindertagesstätten verbessern.
- Diagnose- und Beratungskompetenz in den Grundschulen verbessern.
- Mehr Pädagogik in der Lehrerbildung.
- Schulsozialarbeit wenigstens an Schulen mit SchülerInnen mit erhöhtem Förderbedarf.
- Ganztagschulen (mit ein wenig mehr Sozialarbeiter)
- Durchlässigkeit im Berufsbildungsbereich bis zu den Hochschulen und Fachhochschulen.
- Elternfort- und Weiterbildungen.
- Sprach- und Erziehungskompetenzen vermitteln dort und mit Nachdruck, wo es notwendig ist.

Bildungsstandards im Unterricht

Hurra! Wir haben sie, die Bildungsstandards für die Fächer Mathematik, Deutsch und 1. Fremdsprache der Schulen mit Sekundarstufe 1. Von der KMK im Dezember 2003 beschlossen, sollen diese bundeseinheitlichen Standards dafür sorgen, dass der Mittlere Bildungsabschluss (Mittlere Reife) überall das gleiche „wert ist“. Bei einer Informations-Veranstaltung am 26.01.04 in Mainz legte Frau Ministerin Ahnen diese den anwesenden rheinland-pfälzischen SchulleiterInnen ans Herz. Sie sollen jetzt von den Fachkonferenzen diskutiert und in die Unterrichtspraxis „übersetzt“ werden. Prof. Eckhard Klieme (DIPF) steckte den Leistungsrahmen der Standards innerhalb der Schulentwicklung ab und wies eindringlich darauf hin, dass die Bildungsstandards keine neue, höher gelegte Messlatte für SchülerInnen darstellen. Vielmehr sind sie ein Maßstab für Schulen und LehrerInnen dafür, wie gut sie ihre „Kunden“ auf den Abschluss vorbereiten.

Die Bildungsstandards lassen den einzelnen Schulen die Freiheit festzulegen, wie sie, in Anlehnung an die gültigen Lehrpläne, das „Klassenziel“ erreichen wollen. Gut so! Dies bedeutet aber auch, dass - wenn sich an der derzeitigen häufig erlebbaren Unterrichtspraxis nicht etwas gravierend ändert - genau das eintreten wird, was weder deren Macher und schon gar nicht die SchülerInnen und deren Eltern wollen: Das Aufbauen neuer Hürden. Für die Sprunghöhe sind die Lernenden mehr oder weniger alleine verantwortlich.

Wie können wir das verhindern? Indem wir für ein neues Verantwortungsbewusstsein an Schulen Sorge tragen. Dies gilt für alle Beteiligten: SchülerInnen müssen viel stärker an selbständiges Arbeiten gewöhnt wer-

den. Eltern sollen diese neuen Arbeitsmethoden anerkennen und LehrerInnen übernehmen Verantwortung für den Lernerfolg ihrer „Kunden“.

Kurz gesagt: die Verantwortung muss dahin, wo sie hingehört und zwar auf allen Ebenen – einschließlich der ADD. Es kann nicht sein, dass in den gehaltenen Unterrichtsstunden – und das sind manchmal herzlich wenige – SchülerInnen und LehrerInnen nur die Zeit bis zum nächsten Klingelton absitzen. Das, was zwischen zwei Klingelzeichen geschieht, muss zum Lernfortschritt der SchülerInnen beitragen. Das sollen durchaus auch fachfremde Inhalte sein, wie z.B. soziales Lernen, wenn es denn notwendig ist – auch wenn solche Kompetenzen nicht in den Bildungsstandards enthalten sind.

Fachkonferenzen müssen sich Gedanken darüber machen, mit welchen pädagogischen Methoden sie welche Inhalte an die SchülerInnen bringen wollen und das nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Konferenzen sind wichtige Diskussions- und Entscheidungsforen der Schule. Wenn dort diejenigen, die es angeht – also auch SchülerInnen und Eltern – nicht wenigstens gehört werden, dann widerspricht diese Praxis dem Geist der Qualitätsoffensive des Ministeriums (siehe Brief v. Fr. Ministerin Ahnen zum Qualitätsprogramm an rheinland-pfälzischen Schulen v. 16.09.2002), nicht zu vergessen dem Schulgesetz (§40 Abs. 2 Nr. 5 und VV des MBWW v. 10.05.1997), dessen Einhaltung viele Elternvertreter immer noch unverdrossen einfordern.

Eltern können diesen Prozess unterstützen, indem sie sich informieren und interessieren, indem sie ihre Kinder zum selbständi-

gen Arbeiten von Klein auf anleiten und anhalten, indem sie den LehrerInnen den Rücken stärken, die diese Wege schon beschreiten und diese Methodik von denen einfordern, die sie torpedieren.

Der vor uns liegende Prozess der „Übersetzung“ der Bildungsstandards in den Unterricht ist, wenn wir ihn Ernst nehmen, weit aus mehr als das Einführen von weiteren Prüfungen. Er ist spannend und richtungweisend.

Hier ist auch die ADD gefordert. Der Prozess der einzelnen Schule muss mit Rat und Tat begleitet werden. Fehler müssen gefunden und beseitigt werden, ohne dass den Einzelnen ein „Strick draus gedreht“ wird. Diejenigen, die sich jedoch hartnäckig verweigern, müssen Konsequenzen spüren - ein Erziehungsprinzip, das nicht nur bei unseren Kindern angewendet werden sollte.

Die qualitative Verbesserung des Unterrichts muss Ziel der Einführung der Bildungsstandards sein. Der Maßnahmenkatalog dafür ist umfangreich. – Als Elternvertreter haben wir das Recht und die Pflicht Einfluss zu nehmen, denn es geht um die Zukunft unserer Kinder und die ist unsere Angelegenheit. Ergreifen wir die Möglichkeiten, die uns kooperativ gesonnene Schulleitungen und FachkonferenzleiterInnen bieten und fordern wir Mitwirkung dort ein, wo man sich damit noch schwer tut. Der Prozess fordert unsere Kooperationsbereitschaft, sowie das gegenseitige Vertrauen der Beteiligten. Stellen wir uns den Aufgaben und den Herausforderungen – unseren Kindern zuliebe.

Gabriele Weindel-Güdemann

Weitere Informationen dazu auf unserer

Homepage: <http://leb.bildung-rp.de>

und auf der Homepage für Bildungsstandards:

<http://www.bildungsstandards.bildung-rp.de>

Sicherheit an Schulen

Am 10.02.04 traf sich eine Expertenrunde zum Thema „Sicherheit an Schulen“ mit Staatssekretär Prof. Dr. Hofmann-Göttig im MBFJ. Anlässlich der schlimmen Ereignisse an der Grundschule Koblenz-Moselweiß sollten die Teilnehmer Hinweise und Anregungen aus ihrem Erfahrungsbereich geben.

Für den Landeselternbeirat legte Gabriele Weindel-Güdemann folgenden Maßnahmenkatalog vor:

- Bestandsaufnahme von baulichen Sicherheitsschwachpunkte der Schule, mit Hilfe eines Fachmanns der Polizei
- Analyse des Organisationsrahmens der Schule, z.B. Änderung der Pausenzeiten, Anwesenheitspflicht des Hausmeister zu bestimmten Zeiten, Hofaufsichten etc.
- Bauliche Maßnahmen, wo sie geboten und finanzierbar sind
- Gewaltprävention als Gegenstand der Lehrerfortbildung

- Unterrichtskonzepte: „Kinder stark machen“
- Einbindung der Eltern auf allen Gremiumsebenen
- Information über Situation vor Ort sowie über geplante Maßnahmen für alle Eltern auf Elternabenden
- Unterstützung durch Eltern
- Aktives Ansprechen schulfremder Personen bei Antreffen auf dem Schulgelände durch alle Erwachsenen einer Schule (Wie heißen Sie? Wie heißt Ihr Kind? Was wollen Sie? Kann ich Ihnen weiterhelfen?)
- Telefonliste von Ansprechpartnern für den Notfall

Aus dem Gymnasialausschuss

Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium

Die CDU-Fraktion hat im rheinland-pfälzischen Landtag einen Antrag zur Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien eingebracht. Hauptargument: die Startchancen der rheinland-pfälzischen Jugendlichen im nationalen und internationalen Vergleich dürfen sich nicht verschlechtern.

In den meisten Bundesländern sind inzwischen politische Entscheidungen pro G 8 gefallen:

Bundesland	G 8	Erster (doppelter) Abiturjahrgang
Mecklenburg-Vorpommern	Ja	2008
Sachsen-Anhalt	Ja	2008
Saarland	Ja	2009
Hamburg	Ja	2010
Bayern, Niedersachsen	Ja	2011/2012
Baden-Württemberg, Berlin	Ja	2012
Nordrhein-Westfalen	Ja	2013
Hessen	Ja	2013/2014
Sachsen, Thüringen	Ja	von Beginn an
Bremen	Ja	noch keine zeitliche Festlegung
Rheinland-Pfalz	Nein	Verkürzung Jahrgangsstufe 13
Schleswig-Holstein, Brandenburg	Nein	Schulversuch

- Verstärkung der Selektion (Leistungsdruck)
- Durchlässigkeit des Schulsystems eingeschränkt
- Einschränkung des „Schullebens“ (Arbeitsgemeinschaften)
- Außerschulische Aktivitäten (Sport, Musik, Kirche, Vereine etc.) der Schüler werden eingeschränkt
- Keine Berücksichtigung der Lernpsychologischen und lernphysiologischen Bedürfnisse vor allem der jüngeren Schüler
- Fehlende bauliche Voraussetzungen für Mittagspause (Mensa) bzw. Rückzugsräume
- Sinnvolle Mittagsverpflegung (Mittagstisch) nicht gegeben
- Unzureichende Abstimmung mit den Schulträgern u.a. bzgl. Schülerbeförderung

Mit dem rheinland-pfälzischen Sonderweg sind viele Eltern, Lehrer und insbesondere Schüler nicht zufrieden. Eine Beibehaltung der ½-jährlichen Verkürzung oder gar eine Rückkehr zu vollen neun Jahren scheint wenig wahrscheinlich. Im regen Informationsaustausch steht der Landeselternbeirat daher mit Eltern in den benachbarten Bundesländern.

Welche Kritikpunkte führen Eltern dort an?

- Beibehaltung des Wochenstundensolls von mindestens 265 Wochenstunden (Empfehlung der Kultusministerkonferenz) und Ausdehnung des Nachmittagsunterrichtes bereits ab Klassenstufe 5
- Verdichtung des Unterrichtsstoffes, kaum Zeit für Übungs- und Wiederholungsphasen

Der Landeselternbeirat steht einer Verkürzung der Schulzeit offen gegenüber. Gleichwohl wird die Diskussion um eine Schulzeitverkürzung in Rheinland-Pfalz intensiver geführt werden müssen, als dies derzeit noch geschieht.

Klaus Schmitt

- Netzwerke vor Ort knüpfen (Polizei, Drogenhilfe, Schulpsychologischer Dienst, Krisenintervention etc.)
- Erreichbarkeit von kleinen Schulen sicher stellen (Sekretärin, Hausmeister, Telefondienst)
- Aufnahme des Sicherheitskonzepts in das Qualitätsprogramm und Abfrage durch die ADD
- Regionales Sicherheits-Bewusstsein schaffen

Wichtig für die Sicherheit der Kinder an Schulen sind alle Erwachsenen. Wir sind das beste Sicherheitskonzept, das sie haben. Dabei müssen wir eine Gradwanderung leisten, zwischen „Bewusstmachen der Gefahren“ und „Verunsicherung durch Angst“. Wir selbst sollten uns der Gefahren bewusst sein und verantwortungsvolle Vorbilder sein. Z.B. das Ansprechen von schulfremden Personen ist zwar eine kleine, aber sehr wirksame Maßnahme, die leicht überall umzusetzen ist.

Überwachungskameras vor Ort, Schnappschlösser an Außentüren und ähnliche Maßnahmen können im Einzelfall sinnvoll sein. Sie ersetzen jedoch nicht die Veränderungen, die in unseren Köpfen stattfinden müssen.

Viele Schulleitungen und Kollegien müssen dieses Sicherheitsbewusstsein erst noch entwickeln. Dazu können Schulelternbeiräte und Klassenelternvertreter beitragen, indem sie diese Problematik in ihren Gremien ansprechen.

Doch die Schulen alleine werden das Problem nicht lösen. Der Schulweg gehört ebenfalls zu den neuralgischen Punkten. Uns allen muss bewusst sein, dass die größte Gefährdung durch gewaltsame und sexuelle Übergriffe, im häuslichen Umfeld liegt. Deshalb reicht eine begrenzte Aktion alleine nicht aus. Jeder, der mit Kindern Kontakt hat, sollte sensibel für dieses Thema sein. Die Schulen können, zusammen mit den Eltern, einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Gabriele Weindel-Güdemann

Aus dem Regionalelternbeirat

Zukunft der Realschulen unter der Lupe

Der Regionale Elternbeirat Trier tagt in Schönenberg-Kübelberg

Der Regionale Elternbeirat Trier (REB) hielt im Juli eine ganztägige Sitzung in der Realschule im Erich-Kästner-Schulzentrum in Schönenberg-Kübelberg ab. Teilnehmer der Besprechung war auch Regierungsschuldirektor Peter Herrgesell, verantwortlicher Schulaufsichtsbeamter der ADD Trier.

Kusel ist der einzige pfälzische Landkreis, der schulaufsichtlich zur ADD Trier gehört. Die gastgebende Realschule war als Tagungsort ausgewählt worden, weil Thema dieser Sitzung „Realschule“ war. Dazu referierte zunächst Rektor Uwe Steinberg über die eigene Schule und ergänzte sein Referat durch eine interessante Besichtigung der Schule. Herr Herrgesell von der ADD knüpfte mit seinem ausführlichen Referat zur Situation und Entwicklung der Realschulen an.

Eingestimmt wurden wir durch die Flötengruppe der Realschule unter der Leitung von Gabriele Wiczorek. Rektor Steinberg berichtete danach, dass seine Schule ständig wachse und bereits gezwungen sei, den letzten Quadratmeter Raumfläche für den Unterricht zur Verfügung zu stellen. Erfreulicherweise habe der Landkreis für die Unterbringung zweier Klassen Container aufgestellt. Damit sei die unmittelbare Raumnot gelindert: Die vor 21 Jahren eingeweihte Schule sei nämlich zweizügig geplant gewesen und werde jetzt, 2003, mit Ausnahme einer Klasse vierzügig geführt. 40 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten 621 Schülerin-

nen und Schüler.

Der Altersdurchschnitt des Kollegiums sei mit 44 Jahren vergleichsweise jung. Wegen der zu erwartenden weiteren Zunahme der Schülerzahlen plane der Landkreis in drei bis vier Jahren einen Ausbau der Schule.

Rektor Steinberg stellte eine Reihe von Angeboten und Fähigkeiten seiner Schule besonders heraus: die Einführung einer Musikklasse, der bald eine „Bläserklasse“ folgen werde, die nachmittäglichen Arbeitsgemeinschaften „Theater“ und „Musik“, Leichtathletik-, Schach- und Chor-AG, Streitschlichtungsausbildung und die Herausgabe einer Schülerzeitung. - Die Schulqualität werde zusätzlich dadurch dokumentiert, dass 62 % der Schülerinnen und Schüler im Jahr 2003 „aus eigenem Willen und selten als Übergangslösung“ in weiterführende Schulen wechseln werden.

Der REB war nach dieser Einführung und Besichtigung beeindruckt. „Eine tolle Schule“, sagte der Vorsitzende des REB, und meinte, solche Schulen im Lande seien „ein Traum“. Regierungsschuldirektor Herrgesell ergänzte das Lob insofern, als er den jun-

gen Rektor dieser Realschule als Beispiel eines modernen Schulleiters bezeichnete, wie man ihn sich für die Zukunft wünsche. Rektor Steinberg hatte bereits vor wenigen Jahren an den Grundlagen der zukünftigen Aufgabenstellung für Realschulen landesweit mit gearbeitet. Die Realschule soll in Zukunft noch mehr „nach beiden Seiten“ offen sein.

Der Vertreterin der Realschulen im REB Trier, Frau Patrizia Weber, die Schulelternsprecherin an dieser Schule ist, gebührt für die vorzügliche Organisation der Sitzung ein besonderes Lob.

Im zweiten, nicht öffentlichen Teil seiner Sitzung tagte der REB Trier unter Vorsitz von Horst Kruse und behandelte folgende Schwerpunktthemen: die wegen der finanziellen Situation der Schulträger immer häufiger beantragten Schließungen kleiner Grundschulen, die berufliche Förderung von Jugendlichen mit Behinderungen und die Zentralisierung der schulpsychologischen Beratung.

Horst Kruse, Sprecher REB Trier und „Die Rheinpfalz“, Nr. 153

Schulsportumfrage der DOG

Schulsport hat leider an einigen Schulen noch immer nicht den Stellenwert, der diesem Fach gebührt. Schulsport steht häufig auf der Liste ausfallender Stunden oder ist von Kürzungen betroffen, auch wenn alle Beteiligten die Notwendigkeit sportlicher Betätigung für unsere Kinder immer wieder betonen.

Die Deutsche Olympische Gesellschaft, Zweigstelle Rheinland-Pfalz, führt aus den vorgenannten Gründen eine Umfrage unter Schulleitungen, Fachlehrern, Eltern und Schülern durch, die sowohl den Umfang der gehaltenen Stunden und deren wünschenswerte Zahl, die mit dem Fach Sport verbundenen oder durch Sport erzielbaren Schlüs-



selqualifikationen sowie den Stellenwert von Sport an Ihrer Schule abfragt.

Der Regionalelternbeirat für den Schulaufsichtsbezirk Rheinhessen-Pfalz hat sich mit diesem Thema befasst, begrüßt die Aktivitäten der DOG und unterstützt die Aktion durch ein entsprechendes Anschreiben. Wir bitten die angeschriebenen Schulelternsprecherinnen und Schulelternsprecher, dieses Vorhaben ebenfalls durch Ausfüllen des Fragebogens und Rücksendung aktiv zu unterstützen. Über das Ergebnis werden wir Sie auf der gemeinsamen Homepage der Elternvertreter im Land unter <http://leb.bildung-rp.de> informieren.

Gleichzeitig bitten wir Sie, auch die Schülersprecherin bzw. den Schülersprecher Ihrer Schule, die ebenfalls den Fragebogen erhalten, zur Beantwortung zu ermuntern.

Horst Wonka, Sprecher des REB Rheinhessen-Pfalz

Eltern, Schule und Handwerk

Unterstützungsmöglichkeiten der Elternvertretungen bei der Arbeitsplatzsuche und -auswahl

Zwischen der Handwerkskammer Trier und dem Regionalelternbeirat Trier besteht seit einiger Zeit eine enge Zusammenarbeit, was die Bestrebungen um einen guten und reibungslosen Übergang von der Schule in eine Ausbildung und in den Beruf betrifft. Bereits Ende 2002 hat sich der REB Trier anlässlich einer Sitzung in den Räumen der HWK Trier über die Initiative „Schule und Handwerk“ eingehend informiert und dabei übereinstimmend festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern und Handwerk weiter intensiviert, ausgebaut und systematisiert werden soll.

Das Handwerk ist in der Region Trier mit über 45.000 Beschäftigten und fast 5.000 Lehrlingen der größte Anbieter von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Mit fast 100 verschiedenen Berufen bieten sich hier für junge Menschen vielfältige Zukunftsperspektiven und Entfaltungsmöglichkeiten. Um in diesem Sinne alle Möglichkeiten auszuschöpfen und keine Chancen zu verschenken stehen Schule, Wirtschaft und nicht zuletzt auch die Eltern in einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft junger Menschen.

In Zusammenarbeit mit den Kreishandwerkerschaften, Innungen und Handwerksbetrieben des Bezirks bietet die Handwerkskammer Trier allgemeinbildenden Schulen

in vielen Bereichen Informationen, Beratung und Unterstützung an, welche es zu nutzen gilt. Hier sind insbesondere auch die Elternvertretungen aller Ebenen angehalten, sich über die Angebote zu informieren und diese auch zum Nutzen der Schülerinnen und Schüler in Anspruch zu nehmen.

Mit der kürzlich erfolgten Einrichtung einer Kontaktstelle „Schulbeauftragte/r“ will die Handwerkskammer diese unmittelbare Zusammenarbeit unterstützen und koordinieren. Dazu sollen insbesondere regelmäßige Abstimmungsgespräche vor Ort in den Schulen, aber auch die Teilnahme an Elternabenden oder Schulveranstaltungen, die Koordination und Betreuung von Berufserkundungen und die Vermittlung von Kontakten zum örtlichen Handwerk gehören. Die Erläuterung aller damit verbundenen Angebote würde aufgrund der Vielzahl und der Individualität hier den Rahmen sprengen. Nähere Informationen bietet das Internet unter www.hwk-trier.de oder ein persönliches Gespräch mit einem Ausbildungsberater.

Erwähnt werden sollten noch die HWK-Bildungszentren, in denen alljährlich über 700 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, halbtägig einen Beruf ihrer Wahl praktisch kennen zu lernen. Ein weiteres Serviceangebot ist die Mithilfe bei der Vermittlung von geeigneten Praktikumsplätzen oder auch die Teilnahme an Schulinformationsveranstaltungen, bei denen Handwerksvertreter auf Einladung von Schule oder Elternvertretung die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Handwerk vor-

stellen. Die Handwerkskammer ist bei der Vermittlung entsprechender Kontakte gerne behilflich, wobei dies auch die Vorstellung von Handwerksberufen durch Meister oder auch Lehrlinge im Unterricht einschließt. Weiterhin zu erwähnen wären mögliche Betriebserkundungen, Schulpatenschaften, schriftliche Informationsmaterialien sowie, ganz aktuell, besondere Angebote für Ganztagschulen.

Viele Eltern beklagen einen Mangel an Informationen über die beruflichen Perspektiven der verschiedenen Bildungsabschlüsse. Diesem Informationsmangel kann in Elternabenden und Schulveranstaltungen nach Abschluss der Sekundarstufe I, aber auch schon beim Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen, entgegengewirkt werden. Das Handwerk bietet hierzu nicht nur ausreichendes Informationsmaterial sondern auch kompetente Gesprächspartner an.

Der Regionalelternbeirat Trier unterstützt das Bestreben der Handwerkskammer um eine Verbesserung der Zusammenarbeit und empfiehlt allen Elternvertretungen, die vielfältigen Angebote des Handwerkes zu nutzen. Ansprechpartner sind die Ausbildungsberater der Handwerkskammer Trier (Karl-Heinz Schwall, Tel. 0651/207-123 und Winfried Strupp, Tel. 0651/207-124), Loebstraße 18 in 54292 Trier. Für diesbezügliche Aktionen außerhalb des Kammerbezirks des HWK Trier ist das jeweilige Angebot bei der regional zuständigen Handwerkskammer zu erfragen.

Rudolf Klein

Abfrage des Ausschusses Qualitätsmanagement

Elternbeteiligung am Qualitätsprogramm Ihrer Schule

Liebe ElternvertreterInnen,

wir möchten von Ihnen erfahren, wie Sie, als Mitglied des Schulelternbeirats (SEB), und die SchülerInnenvertretung (SV) Ihrer Schule in die Arbeit am Qualitätsprogramm eingebunden waren. Ihre Informationen wollen wir in einem anonymisierten Erfahrungsbericht verwenden, der mit den Verantwortlichen in Ministerium und Aufsichtsbehörde diskutiert werden soll. Bitte beantworten Sie uns dazu kurz die folgenden Fragen und senden Ihr Schreiben an die Geschäftsstelle. Bitte geben Sie zwecks Rückfragen Ihren Namen, Adresse, E-mail-Adresse, Telefon-Nummer und den Namen der Schule an. Vielen Dank.

Gabriele Weindel-Güdemann

1. Wie hat Ihr SEB vom Qualitätsprogramm erfahren?
2. Gab es einen Arbeitskreis oder eine Steuergruppe an Ihrer Schule?
3. Konnten Mitglieder Ihres SEB und die SV in diesem Arbeitskreis/Steuergruppe mitarbeiten?
4. Wie wurde Ihr SEB in die Erarbeitung des Qualitätsprogramms eingebunden?
5. Wie viel Zeit hatte der SEB/SV für die Mitarbeit am Qualitätsprogramm?
6. Waren die SEB/SV-Vertreter zur Diskussion in der Gesamtkonferenz eingeladen?
7. Hat die Gesamtkonferenz Vorschläge/Teilvorschläge des SEB/SV berücksichtigt?
8. Gab es eine Rückmeldung durch die Schulaufsicht (ADD)?
9. Wurde der SEB/SV zur Rückmeldung der ADD eingeladen?
10. Fühlt sich Ihr SEB im Erarbeitungsprozess des Qualitätsprogramms von der Schulleitung/Kollegium ernst genommen?

Bildungsstandards

Verbindliche und nachvollziehbare Ziele für jede Schule

Als absolut unverzichtbar betrachtet der Bundeselternrat (BER) nationale Bildungsstandards. Die derzeitige Entwicklung beobachten die deutschen Elternvertreter allerdings mit Sorge.

„Wenn am Ende lediglich Regelstandards für den mittleren Schulabschluss herauskommen, ist das viel zu wenig und zu kurz gedacht“, kritisiert BER-Vorsitzende Renate Hendricks entsprechende Pläne der Kultusministerkonferenz.

„Es wird nur dann wirklich etwas bewegt, wenn jede Schule die Bildungsstandards für sich akzeptiert, festschreibt und umsetzt!“

In einer entsprechenden Resolution spricht sich der BER für klare, verbindliche und nachvollziehbare Standards für die Einzel-

schule aus. „Es wird nur dann wirklich etwas bewegt, wenn jede Schule die Bildungsstandards für sich akzeptiert, festschreibt und umsetzt“, meint Hendricks. Nach Überzeugung der Eltern muss sich jede einzelne Schule mit den Vorgaben identifizieren und die Verantwortung für das Erreichen, das regelmäßig kontrolliert werden sollte, übernehmen. Schülerinnen und Schüler müssen an die Ziele behutsam herangeführt und individuell betreut und gefördert werden. „Wir wollen kein zusätzliches Druckmittel, sondern Erkenntnisse, wo sich Schule und Unterricht verändern müssen. Aber wir wollen auch frühzeitig erfahren, welche Unterstützung unsere Kinder benötigen und wie sie ihnen gegeben werden kann“, erklärt der BER.

Die Eltern sind sich der zusätzlichen und neuen Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer bewusst. Hendricks: „Aber sie sollten sich der Aufgabe im Interesse unserer Kinder stellen.“ Dazu sei es aber unerlässlich, die Pädagogen intensiv zu qualifizieren.

Vergleichbarkeit dringend nötig

Sorge bereiten dem Bundeselternrat Bestrebungen einzelner Länder, unterschiedliche Standards zu entwickeln. Es gehe, so Hendricks, nicht an, dass die Beurteilungen der

Mit Nachdruck verwehren sich die Eltern dagegen, dass Vergleichsarbeiten zu individuell bewerteten Klassenarbeiten umfunktioniert und missbraucht werden.

Kinder und Jugendlichen sozusagen nach dem Zufallsprinzip ausfielen. „Die gleiche Leistung muss die gleiche Bewertung erhalten“, fordert der BER. Eine Vergleichbarkeit zwischen Abschlüssen in jedem Bundesland, am besten in jeder Schule, sei anzustreben.

Mit Nachdruck verwehren sich die Eltern dagegen, dass Vergleichsarbeiten zu individuell bewerteten Klassenarbeiten umfunktioniert und missbraucht werden. „Sie sind nur dann sinnvoll, wenn sie dazu beitragen, die Qualitätsentwicklung der Einzelschule zu beobachten und gegebenenfalls zu optimieren“, betont Renate Hendricks.

„Lernen mit Notebooks“

In den letzten Jahren haben Bund, Länder und Kommunen erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Schulen mit neuen Medien auszustatten. Dennoch ist der Ausstattungsgrad der deutschen Schulen im internationalen Vergleich sehr bescheiden. (Siehe OECD Studie, Schleicher, 26.2.2003) Zu viele Investitionen liegen in den Schulen brach und werden nicht ausreichend genutzt.

Es gilt positive Ansätze zu stärken:

- die Kompetenzen der Lehrer bei der Nutzung neuer Medien durch verbesserte Aus- und Weiterbildung,
- die Unterstützung bei organisatorischen Problemen
- das vernetzte Erarbeiten von Konzepten für den Unterricht.

69% der Eltern sind mit der Ausstattung und mit der Unterweisung in deutschen Schulen unzufrieden. (InfraTest, Oktober 2003) Der Bundeselternrat hat bereits im Frühjahr

2000 festgestellt, daß Medien ein eigenständiger und integraler Bestandteil der Bildung von Kindern und Jugendlichen sein müssen. Alle Kinder und Jugendliche sollen die Nutzung der Medien in den Schulen erlernen und sie als Werkzeuge fächerübergreifend im gesamten Unterricht anwenden. Den Schülern und Schülerinnen müssen die richtigen Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden. Der freie Zugang zu einem Computer innerhalb und außerhalb des Unterrichts oder die Nutzung eines eigenen Notebooks sind dazu erforderlich.

Der Bundeselternrat fordert eine gezielte und systematische Unterstützung von Initiativen, die die Nutzung von Informationstechnologien an Schulen fördert.

Initiativen einzelner Schulen, Notebookprojekte zu starten, sind grundsätzlich sehr zu begrüßen. Allerdings muss sichergestellt sein, dass sozialverträgliche Lösungen für alle Eltern und Schüler an den jeweiligen

Standorten gefunden werden. Aus Sicht des Bundeselternrates müssen Länder und Kommunen diese Initiativen verstärkt mit der notwendigen Infrastruktur unterstützen. Die Schulträger müssen sich ihrer Aufgabe für die gesamte Systembetreuung bewusst werden. Eltern sollen ihre Erwartungen zur medialen Bildung offensiv in den Schulen vertreten. Gute Beispiele als Vorbilder vermittelt der Bundeselternrat gerne.

Eine Konzeption der Schule ist Voraussetzung dazu, dass Lernen mit Medien zur Verbesserung der Lernsituation der einzelnen Schüler führt. Neue Medien und eine neue Lernkultur gehören daher unmittelbar zusammen und führen zu völlig neuen und erfolgreichen individuellen Lernsituationen für alle Beteiligten. Sie fördern zudem die Zusammenarbeit und den Austausch im Lehrerkollegium und leisten damit einen Beitrag zur Schulentwicklung. Der Bundeselternrat fordert eine entsprechende Lehrerbildung und -weiterbildung als eine Voraussetzung für Veränderung.

Aus dem Bundeselternrat

Eltern und Schule in einer sich verändernden Schule

Resolution auf der Herbstplenartagung vom 14.- 16. November 2003 in Bad Hersfeld

Der Bundeselternrat sieht in einer gleichwertigen Partnerschaft zwischen Schülern, Lehrern und Eltern eine wesentliche Voraussetzung für gelingende Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Elternbeteiligung darf keine Alibifunktion haben. Eltern sind für die Schulen wichtig.

Ohne eine gut funktionierende Partnerschaft zwischen Schule und Elternhaus können Kinder und Jugendliche nicht optimal gefördert werden. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der PISA-Studie. Schulen, in denen die Zusammenarbeit zwischen Schülern, Lehrern und Eltern funktioniert, zeichnen sich durch bessere Leistungen und eine größere Zufriedenheit der Beteiligten aus.

Verantwortliches Leben, Lernen und Lehren mit Kindern und Jugendlichen stellt wachsende Anforderungen an Bildung und die Erziehung durch Eltern und Lehrerinnen und Lehrer.

Die Rahmenbedingungen in den Ländern sind für eine Zusammenarbeit nicht ausreichend und höchst unterschiedlich. Eltern erhalten zu wenige Informationen über die Lernentwicklung ihrer Kinder. Die Kontaktaufnahme zwischen Schule und Elternhaus ist zu stark defizitorientiert und zu wenig begleitend.

Die gegenseitige Unterstützung und Information hat keine ausreichende Tradition in Deutschland. Andere Staaten setzen erfolgreich Modelle der Partnerschaft um.

Die Zusammenarbeit aller muss von gegenseitiger Wertschätzung, respektvollem Umgang miteinander und Gleichberechtigung geprägt sein.

Der Bundeselternrat ist die Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Delegierten treffen sich zweimal im Jahr zu Plenartagungen und informieren sich dort über aktuelle bildungspolitische Fragen. Sie wählen eine Bundeselternsprecherin oder einen Bundeselternsprecher. Derzeit im Amt ist Frau Renate Hendricks, die sowohl Diskussionspartnerin des Bundesministers für Bildung und Forschung als auch der Kultusministerkonferenz ist.

Der Bundeselternrat fordert deshalb:

- Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und mit gleicher Verbindlichkeit
- für alle Eltern qualifizierte Informationen zum Lern-, Leistungs- und Sozialverhalten ihrer Kinder
- Einbeziehung der Eltern in die Erstellung und Fortschreibung individueller Förder- und Bildungspläne an allen Bildungseinrichtungen
- Beratung und Einbindung der Eltern in die Gestaltung der berufs- und studienvorbereitenden Maßnahmen und beruflichen Bildung
- den ständigen Dialog, der auch sicherstellt, dass Probleme zeitnah und lösungsorientiert angesprochen werden
- Eltern mit anderem kulturellen Hintergrund müssen in diesen Dialog stärker einbezogen werden
- Eltern mit geringen Erziehungskompetenzen müssen gestärkt werden und Hilfen - auch in Zusammenarbeit z.B. mit der Jugendhilfe - bekommen
- Elternberatung und Elterngespräche müssen verpflichtender Bestandteil der Tätigkeit des Lehrers sein und zeitlich so gelegt werden, dass sie von den Eltern wahrgenommen werden können
- Schulen müssen die Zeit, die Ressourcen und die Räume erhalten, um eine intensive Zusammenarbeit mit den Eltern leisten zu können
- Zusammenarbeit mit Eltern muss Gegenstand der Lehrerbildung werden

Jede Schule muss für sich die Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und Schülern eigenverantwortlich entwickeln, optimieren und regelmäßig Rückmeldungen aller einholen.

Die Diskussion um Erziehung in den Schulen und die Erziehungsvereinbarungen, die mit den Eltern getroffen werden können, müssen aus einer vertrauensvollen Zusammenarbeit erwachsen. Erziehungsvereinba-

rungen müssen freiwillig und partnerschaftlich ausgehandelt werden. Die Gremien der Schulen sind in diesen Prozess einzubeziehen.

Neben der Stärkung der einzelnen Eltern müssen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Eltern und Schüler erweitert werden.



Dazu gehören:

- **Paritätische** Besetzung des über die Angelegenheiten der Schule entscheidenden Gremiums
- Einbeziehung und Information der Eltern von Schülern, die bereits das 18. Lebensjahr vollendet haben
- Qualifizierung der Eltern durch Fortbildung
- Entwicklung von nationalen Mitbestimmungsstandards

Die Weiterentwicklung des Bildungssystems benötigt professionelle Evaluation des Systems Schule, damit die Mitbestimmungsgremien, die Kultusminister sowie andere Entscheidungsträger Handlungsgrundlagen erhalten.

Die Tätigkeit der Elternvertretungen bis hin zum Bundeselternrat muss über angemessene Haushalte abgesichert werden.

Die Bedeutung und die Rolle der Elternvertreter erfordert eine entsprechende Würdigung. Deshalb fordert der Bundeselternrat die Anerkennung als öffentliches Ehrenamt.

Wettbewerbe für Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz

Schülerwettbewerbe werben als regionale, bundesweite oder internationale Veranstaltungen um die Teilnahme der Kinder und Jugendlichen. Sie decken inzwischen alle Schularten und Altersgruppen sowie alle Bereiche des schulischen Fächerkanons ab. Dabei leisten sie ganz wichtige Aufgaben: Schülerwettbewerbe motivieren und fördern Begabungen. Hier finden Sie die Wettbewerbe im Überblick. Sollten Sie sich für einen bestimmten Wettbewerb im Einzelnen interessieren, wenden Sie sich an Dr. Klaus Sundermann im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend oder sehen Sie nach in der Broschüre "Wettbewerbe machen Schule" unter <http://gymnasium.bildung-rp.de/service/veroeff/wett.pdf>

Sprachliche und literarische Wettbewerbe

Vorlesewettbewerb des deutschen Buchhandels
Mit Leselust auf Klassenfahrt
Josef-Guggenmos-Wettbewerb „Kinder schreiben“
Treffen junger Autoren – „Schülerinnen und Schüler schreiben“
Landeschultheatertreffen Rheinland-Pfalz
Theatertreffen der Jugend „Schülerinnen und Schüler machen Theater“
Bundeswettbewerb Fremdsprachen – Einzelwettbewerb für die Klassen 9 und 10
Bundeswettbewerb Fremdsprachen – Sonderwettbewerbe Chinesisch und Japanisch
Bundeswettbewerb Fremdsprachen – Mehrsprachenwettbewerb für die gymnasiale Oberstufe
Bundeswettbewerb Fremdsprachen – Gruppenwettbewerb für Auszubildende
Frankreich Preis / Prix Allemagne
Vorlesewettbewerb „Fränzsich ist leichter als man denkt“
Landeswettbewerb Alte Sprachen „Certamen Rheno-Palatinum“ (CRP)
Russisch-Olympiade Rheinland-Pfalz

Wettbewerb zur Gemeinschaftskunde und zur politischen Bildung

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten
Schülerwettbewerb zur politischen Bildung
Schüler- und Jugendwettbewerb des Landtags und der Landeszentrale für politische Bildung
Europa in der Schule – Europäischer Wettbewerb
Europe @t School – Internet Award Scheme
Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn auf dem Weg in ein vereintes Europa
Förderprogramm „Demokratisch Handeln“
Landeswettbewerb „Jugend debattiert“ Rheinland-Pfalz
Wettbewerb für Schülerzeitungen an Schulen in Rheinland-Pfalz
Schülerzeitungswettbewerb der Rheinpfalz
Schülerzeitungswettbewerb der Rhein-Zeitung
JUNIOR – Junge Unternehmer initiieren – organisieren – realisieren
Projektforum Schule und Arbeitswelt

Mathematisch-naturwissenschaftliche und technische Wettbewerbe

Landeswettbewerb Mathematik
Bundeswettbewerb Mathematik
Mathematik-Olympiaden
Auswahlwettbewerb zur Internationalen Mathematik-Olympiade (IMO)
Känguru der Mathematik
Mathematik ohne Grenzen – Mathématique sans frontières
Auswahlwettbewerb zur Internationalen Physik-Olympiade (IPhO)
Landeswettbewerb „Leben mit Chemie“
Auswahlwettbewerb zur Internationalen Chemie-Olympiade (IChO)
Auswahlwettbewerb zur Internationalen Biologie-Olympiade (IBO)
Jugend forscht
Schüler experimentieren
BundesUmweltWettbewerb – Vom Wissen zum Handeln
SUN – Schülerinnen und Schüler für Umwelt und Nachhaltigkeit
Bundeswettbewerb Informatik

Musisch-künstlerische Wettbewerbe

Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“
Treffen Junge Musik-Szene – Schülerinnen und Schüler machen Lieder
Mal- und Zeichenwettbewerb der Unfallkasse Rheinland-Pfalz
Jugend creativ – Internationaler Jugendwettbewerb der Volksbanken und Raiffeisenbanken
Wettbewerb „Gestalten mit textilen Materialien“

Sportwettbewerbe

Bundesjugendspiele
Bundeswettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“
Sportabzeichenwettbewerb an den Schulen in Rheinland-Pfalz
Schulschach-Wettbewerb

Auszeichnung langjähriger Elternvertreter

Mit der Überreichung einer Landesurkunde für langjähriges Engagement in der Elternvertretung an den Schulen von Rheinland-Pfalz sprechen die Bildungsministerin und der Landeselternsprecher alljährlich

Der Landeselternbeirat gratuliert den Elternvertretern zu ihrer Auszeichnung und dankt ihnen für die geleistete Arbeit. Wir schlieen auch all jene mit ein, deren langjähriges Wirken dem Landeselternbeirat und dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend nicht zur Kenntnis gelangt ist.

den Müttern und Vätern ihre Anerkennung aus, die sich über einen Zeitraum von zehn Jahren und länger als Klassenelternsprecher/in oder im Schulelternbeirat eingesetzt haben. Mit diesem Ehrenamt übernehmen die Eltern die wichtige Aufgabe, bei der Gestaltung des Schullebens mitzuwirken und dabei die Sicht der Eltern – bewusst als Nichtfachleute – mit einzubringen.

Denn nach § 33 Schulgesetz werden die Eltern durch die Elternvertreter an der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit beteiligt. Damit wird auch das Recht und die Pflicht der Eltern, an der schulischen Erziehung ihrer Kinder mitzuwirken (SchulG § 32, Satz 1), eingelöst.

Jeder, der einmal versucht, ein solches Amt auszuführen, wei, dass dazu neben gesundem Menschenverstand eine Menge Energie und Eigeninitiative gehören. Aber auch die Bereitschaft, sich offensiv um Informationen zu bemuhren, immer wieder mit Eltern, Lehrkräften, Vertretern von Schulbehörden und Schulträgern das Gespräch zu suchen, um die Wünsche und Einwendungen der Eltern gebündelt vorzubringen und wirksam zu vertreten.

Für langjähriges Elternarbeit im Jahr 2002 ausgezeichnet:

Daun, Hauptschule	Krämer, Michaela
Daun, Geschwister-Scholl-Gymnasium	Peters, Edith
Germersheim, Goethe-Gymnasium	Bischoff-Rieder, Barbara
Germersheim, Goethe-Gymnasium	Bu, Heinz
Germersheim, Goethe-Gymnasium	Lindlein, Margitta
Germersheim, Goethe-Gymnasium	Mathes-Schmidt, Edith
Idar-Oberstein, Realschule	Schneider, Brunhilde
Kandel, Integrierte Gesamtschule	Kaufmann, Paul
Kelberg, Grund- und Regionale Schule St. Martin	Jonas, Wilhelm
Landstuhl, Sickingen-Gymnasium	Marhofer, Robert
Lemberg, Heinrich-Weber-Schule	Kelm, Rüdiger
Lemberg, Heinrich-Weber-Schule	Schaaf, Heinz-Dieter
Mainz, Gymnasium Gonsenheim	Hammann, Reinhard
Mainz, IGS - Berliner Siedlung	Naethbohm, Magdalene
Mainz, Rabanus-Maurus-Gymnasium	Schmidt-Trobach, Sabine
Nastätten, Richard-von-Weizsäcker-Realschule	Mario, Dieter
Neustadt, Grundschule Gimmeldingen	Kurz, Lothar
Pirmasens, Realschule,	Koch, Ulrike
Rockenhausen, Anne-Frank-Grundschule	Herr, Erich
Schifferstadt, Realschule Paul-von-Denis-Schulz.	Kornmann, Dr. Martin
Schöndorf, Grundschule,	Terres, Peter
Schönecken, Grund- und Hauptschule	Weyandt, Karl
Sinzig, Gymnasium,	Adams, Hans
Thaleischweiler-Fröschen, Regionale Schule	Bold, Barbara
Thaleischweiler-Fröschen, Regionale Schule	Fuhrmann, Heinz
Thaleischweiler-Fröschen, Regionale Schule	Heintz, Christa
Thaleischweiler-Fröschen, Regionale Schule	Knerr, Christine
Trier, Friedrich-Wilhelm-Gymnasium	Flick, Rose-Marie
Wissen, Hauptschule	Zimmermann, Joachim

Für langjähriges Elternarbeit im Jahr 2003 ausgezeichnet:

Bad Ems, Goethe-Gymnasium	Schrabback, Gunthart
Bad-Bergzabern, Kooperative Gesamtschule - Gym.	Fickinger, Gisela
Bad-Bergzabern, Kooperative Gesamtschule - Gym.	Kolain, Gabriele
Bechhofen, Grundschule	Klein, Ernst
Haloch, Sophie-Scholl-Realschule	Breinich, Josef
Koblenz, Gymnasium auf der Karthause	Hartmannsgruber, Dr. Friedrich
Koblenz, Eichendorff-Gymnasium	Lipfert, Manfred
Koblenz, Gymnasium auf der Karthause	Maiwald, Karl-Josef
Ludwigshafen, IGS Ernst-Bloch	Heinzmann, Willy
Ludwigshafen, Theodor-Heuss-Gymnasium	Holzschuh, Angelika
Morbach, Grundschule Haag-Merscheid	Knob, Andrea
Morbach, Grundschule Haag-Merscheid	Leim, Rita
Morbach, Grundschule Haag-Merscheid	Marx, Sabine
Nastätten, Nicolaus-August-Otto-Realschule	Cloos, Ulrich
Neustadt a.d.W., Käthe-Kollwitz-Gymnasium	Schwab, Christa
Neuwied, Max.-zu-Wied-Realschule	Zampella, Raphaelae
Oppenheim, Gymnasium zu St. Katharinen	Dilg, Iris
Oppenheim, Gymnasium zu St. Katharinen	Pfeffer, Christine
Oppenheim, Gymnasium zu St. Katharinen	Rupprecht, Franz
Oppenheim, Gymnasium zu St. Katharinen	Stauder, Heidrun
Schönecken, Grund- und Hauptschule	Steinbach, Gertrud
St. Goarshausen, Wilhelm-Hofmann-Gymnasium	Becker-Morschhäuser, Marlene
St. Goarshausen, Wilhelm-Hofmann-Gymnasium	Dreis, Sylvia
St. Goarshausen, Wilhelm-Hofmann-Gymnasium	Lamby, Monika
St. Goarshausen, Wilhelm-Hofmann-Gymnasium	Schenk, Gerhard
Thaleischweiler-Fröschen, Regionale Schule	Schuck, Heino
Wittlich, Cusanus-Gymnasium	Winkler, Elke
Worms, Rudi-Stephan-Gymnasium	Olbrisch, Hagen
Worms, Rudi-Stephan-Gymnasium	Scharf-Westkott, Christa

Leserbrief

Heft 3/2003 der Zeitschrift „Elternarbeit in Rheinland-Pfalz“;
hier: „Entscheidungshilfen zur Wahl einer guten weiterführenden Schule“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich in Ihrer Veröffentlichung die o. a. Entscheidungshilfen (S. 6 f.) gelesen.

So wird an einer Stelle auch auf den Sport in der Schule eingegangen, wenn von der Durchführung von Sporttagen die Rede ist, an anderer Stelle wird jedoch - aus meiner Sicht völlig unnötig - eine Abwertung des Sports in der Schule vorgenommen, wenn es heißt: „Fördert die Schule die Teilnahme von Schülern an überregionalen Wettbewerben im außersportlichen Bereich (z. B. Jugend forscht)?“

Ich kann diese Aufteilung der überregionalen Wettbewerbe in „sportliche“ und „außersportliche“ nicht nachvollziehen, in Wettbewerbe, die zum einen wohl förderungswürdig sind (Jugend forscht) und in andere (sportliche), die nicht besonders gefördert werden müssen.

Dabei sind es doch gerade die sportlichen Wettbewerbe, die in ihrer Vielzahl - wobei die einzelne Schule ja entscheidet, woran sie sich beteiligt - für jede Schülerin und jeden Schüler etwas bereit hält, für leistungssportlich Interessierte (Jugend trainiert für Olympia) genau so wie für Breitensportlich Aktive (Sportabzeichenwettbewerb).

Darüber hinaus wird, da bei solchen Wettbewerben in der Regel ja die Mannschaft im Vordergrund steht, der Teamgeist gefördert, und man lernt unter anderem, Erfolge angemessen zu feiern, aber auch Niederlagen gemeinsam zu verarbeiten. Ein Star macht - anders als bei anderen schulischen Wettbewerben - keine Mannschaft, ganz im Gegenteil, er muss sich in das Ganze einordnen. Ich will es hierbei belassen.

Ich meine, die in der Zeitschrift formulierten Entscheidungshilfen haben eine Chance verpasst, indem sie die Bedeutung regelmäßiger Bewegung und Sporttreibens für Gesundheit, Sozialverhalten, Persönlichkeitsentwicklung und Lernen gerade auch in einer guten weiterführenden Schule nicht herausgehoben haben.

Schade drum!

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Langen

Leserbrief

Dienstleistungsabend in der Schule

Als Mitglied des Schulelternbeirates an einer allgemeinbildenden Schule bin ich von Elternseite auf die Probleme mit den Sprechstundenzeiten der einzelnen Lehrer angesprochen worden: Da die Sprechstunden fast ausnahmslos auf den Vormittag gelegt sind, müssen berufstätige Eltern in der Regel Urlaub nehmen, um diese wahrnehmen zu können.

Da die Berufstätigkeit beider Elternteile zum Normalfall geworden ist, liegt es eigentlich nahe, diesen sozialen Änderungen Rechnung zu tragen, und im schulischen Bereich - wie in anderen Bereichen auch - einen sog. „Dienstleistungsabend“ einzuführen. Die Eltern könnten in diesem Fall mit weit weniger zeitlichem Stress über wichtige Fragen und Probleme mit den Lehrern sprechen.

Die Art der Realisierung eines solchen „Dienstleistungsabends“ könnte sehr offen gehalten werden und müsste auch keinem starren zeitlichen Schema folgen. Wichtig wäre sozusagen nur ein „verbrieftes Recht“ auf die Wahrnehmung nachmittäglicher Termine. (Die existierenden Elternsprechtage sind hierfür kein Ersatz.)

Es ist mir bewusst, dass viele engagierte Lehrer von sich aus schon entsprechende Angebote machen. In der Summe ist dies aber leider nicht ausreichend. Ich würde mich deshalb freuen, wenn der Landeselternbeirat eine entsprechende Initiative aufgreifen würde und in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium in Kooperation mit den Schulen eine geeignete Lösung erarbeiten könnte.

Mit freundlichen Grüßen, H.-J. Steffens

men informiert und beraten.

Leider sind die zweitägigen Informationsveranstaltungen durch die Finanzmisere des Landes dem Rotstift zum Opfer gefallen. Der Arbeitskreis „Runder Tisch Elternfortbildung“ im LEB unterstützt deshalb die Bemühungen der Regionalen Elternbeiräte Fortbildungsangebote für Eltern in deren unmittelbarer Nähe stattfinden zu lassen. So fand beispielsweise für den Raum Südwestpfalz in Thaleischweiler-Fröschen eine Veranstaltung statt, an der neben den örtlichen Landtagsabgeordneten Vertreter der Landkreise, Schulträger und Schulleiter eingeladen waren und somit den Eltern zur Beantwortung ihrer Fragen zur Verfügung standen.

In Kürze geplant ist in Bad Bergzabern eine ähnliche Veranstaltung für die Kreise GER SÜW und Landau durchzuführen. Die Einladungen hierzu ergehen vom Regionalem Elternsprecher über die ADD an die Schulen der betroffenen Kreise.

Michael Reinartz

Runder Tisch Elternfortbildung

Elternfortbildung,

wieso, weshalb, warum?

Mit der 9. Schulgesetz-Novelle von 1996 wurde die Elternmitwirkung an den Schulen erheblich aufgewertet und Elternfortbildung im § 37 b SchulG festgeschrieben: „Elternfortbildung wird zur Förderung der Zusammenarbeit von Eltern und Schule durchgeführt. Hierbei wirken Landeselternbeirat und das fachlich zuständige Ministerium zusammen.“ Diese gleichzeitige Legitimation und Aufgabenstellung bekräftigt den hohen Stellenwert der elterlichen Mitwirkung an der Schule.

Mitwirkung und Mitverantwortung in der Elternarbeit bedeutet auch verstärktes Engagement um den gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrag gerecht zu werden und somit unseren Kindern optimale Chancen und Bedingungen für ihre Schullaufbahn zu bieten. Elternvertreter lernen das Schulleben besser kennen, werden besser informiert und werden in die Gestaltung und auch Weiterentwicklung des Schullebens miteinbezogen.

Für Eltern und gewählte Elternvertreter aller Schularten, die Anregungen und Impulse gewinnen möchten und sich somit für eine erfolgreiche Mitwirkung an Ihrer Schule befähigen wollen, gibt es Angebote in Fort-

bildungsseminaren. Dem Institut für schulische Fortbildung und schulpädagogische Beratung des Landes Rheinland-Pfalz in Speyer (IFB) wurden diese Aufgaben übertragen. Die Themen orientieren sich am Elterninteresse und an den Wünschen der Seminar Teilnehmer. Endgültig werden diese in Absprache mit dem Landeselternbeirat und dem Bildungsministerium festgelegt.

Nicht nur wegen der Elternfortbildung bietet sich für interessierte Eltern an, ein Blick auf unsere Homepage (<http://leb.bildung-rp.de>) zu werfen.

Für jeden Schulaufsichtsbezirk finden jährlich zwei thematisch gleiche Fortbildungsveranstaltungen statt. Diese sollen der verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Regionen dienen. Hinzu kommen regelmäßige Bildungsangebote für neu gewählte Elternvertreter. Landesweit gibt es darüber hinaus eine Großveranstaltung mit einem bildungspolitischen Thema im Mittelpunkt, dem Landeselternstag. In verschiedenen Arbeitskreisen wird über weitere aktuelle The-

Vorankündigung:

Landeselterntag 2004

mit Bildungsministerin Doris Ahnen

am Samstag, den 06. November 2004, von 9:30 - 17:00 Uhr

im Gymnasium Traben-Trarbach, Bernkasteler Weg 72

56 841 Traben-Trarbach

Der Landeselternbeirat lädt alle Eltern von Rheinland-Pfalz und weitere Interessierte herzlich ein. Bitte merken Sie sich schon heute den Termin vor!

Anmeldungen bitte direkt an den Landeselternbeirat,
Wallstraße 3, 55122 Mainz

Fax: 06131-16 29 27, E-Mail: leb@mbfj.rlp.de

Aufruf

best practice auf dem Landeselterntag

best practice Modelle aus den Bereichen Qualitätsentwicklung, Schwerpunktschule, Gewalt- und Suchtprävention, Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, Elternarbeit, Ganztagschule, besondere Unterrichtsfächer, individuelle Förderung, Hochbegabtenförderung, Förderung bei Teilleistungsschwächen usw. sollen Schulen auf dem nächsten Landeselterntag vorstellen können. Diese Präsentationen sind als Ergänzung des nachmittäglichen Arbeitskreisprogramms gedacht und sollen die Arbeit an den Schulen des Landes anregen.

Wenn es Sie reizt, unsere Einladung anzunehmen, melden Sie sich unter der neuen Adresse oder Telefonnummer des LEB. Bis November 2004 haben Sie genügend Zeit, Ihre Präsentation vorzubereiten.

Europäischer Computerführerschein

Mit dieser Nachricht möchten wir aufmerksam machen auf ein Qualifikationselement für Schülerinnen und Schüler bei Bewerbungen um einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz.

Der „Europäische Computerführerschein“ bestätigt Kenntnisse in unterschiedlichen Fragen des Computereinsatzes. Nach einer Vorbereitungsphase, die häufig genug dem Wahlpflichtunterricht der Schulen ähnlich angeboten wird, wird dazu online eine Prüfung abgelegt. Diese Prüfung wird von den Kammern und Betrieben nahezu durchgängig anerkannt. Die Kosten, die für SchülerInnen an allgemeinbildenden Schulen anfallen, sind deutlich geringer als vergleichbare Gebühren bei privaten Anbietern oder Volkshochschulen (die VHS Wiesbaden verlangt beispielsweise je Modul - 7 sind möglich - rund Euro 580).

Bietet eine Schule diesen Führerschein an, erwerben die SchülerInnen bei Bestehen der Prüfung Qualifikationen, die in Bewerbungsverfahren als zusätzliche Qualifikationen bedeutsam sind.

Wetere Informationen finden Sie unter <http://www.ecdl.de>

Girl's Day

Nach den Osterferien ist es wieder soweit, der Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag geht in die vierte Runde.

Beteiligen auch Sie sich am Girls' Day 2004 und rufen zur Beteiligung auf!

Am 22. April 2004 werden die Türen von Werkstätten, Büros, Laboren und Redaktionsräumen für Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 geöffnet. Eine hervorragende Gelegenheit für die Mädchen, Einblick in die Praxis verschiedenster Bereiche der Arbeitswelt zu gewinnen und Kontakte herzustellen. Auch Sie können sich beteiligen!

Wie erfahren Sie unter <http://www.girls-day.de>.

Elternfortbildung



Elternabende gestalten

Elternabende sind wichtige Veranstaltungen, die Schule und Eltern miteinander verbinden. Die Eltern haben Gelegenheit, wichtige Fragen des Unterrichts und der Erziehung gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern zu thematisieren. Die Gestaltung von Elternabenden ist eine der wichtigen Aufgaben, die gewählte Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprecher übernommen haben. Damit diese Veranstaltungen gut besucht werden und gelingen bietet die Tagung praktische Hilfen für die Planung und die Durchführung lebendiger und interessanter Elternabende.

Teilnehmerkreis: Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprecher

06.03.2004 Boppard (IFB-Nr.11.205/02)
20.03.2004 Saarburg (IFB-Nr.11.205/03)

Mediation in der Schule

Unter Mediation ist ein durchdachtes und systematisches Vorgehen zu verstehen, das hilft, mit Streitsituationen konstruktiv umzugehen. Es zeigt auf, wie mit unterschiedlichen Positionen verhandelt werden kann, wie man die Ansichten der anderen Partei verstehen lernen kann und wie man zwischen Kontrahenten eine Brücke bauen kann. In dieser Veranstaltung werden die Teilnehmer mit den Grundzügen des „Streitschlichterprogramms“ vertraut gemacht, damit sie sich ihrerseits an ihrer Schule für die Praxis der eigenverantwortlichen Konfliktlösung einsetzen können.

Teilnehmerkreis: Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprecher

15.05.2004 Speyer (IFB-Nr.11.206/01)

Eine neue Aufgabe als Elternvertreter

Gewählte Elternvertreter und Elternvertreterinnen haben die Aufgabe, den Kontakt zwischen Elternhaus und Schule zu pflegen. In dieser Veranstaltung erhalten die Teilnehmer Informationen, juristische Auskünfte und vielfältige Anregungen zur Gestaltung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere auch zur Planung und Durchführung von Elternabenden.

derzeit nicht terminiert

Umgang mit Hausaufgaben

Wie können Eltern ihre Kinder bei der Bearbeitung der Hausaufgaben sinnvoll unterstützen? Auf der Tagung geht es um die Funktionen der Hausaufgaben, optimale Lernbedingungen, Lerntechniken, Lernhilfen und Probleme. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und erhalten Informationen für die tägliche Hausaufgabenpraxis. Außerdem erhalten sie Materialien und Tipps, die sich für die Gestaltung eines Elternabends in der eigenen Kasse zum Thema Hausaufgaben eignen.

Teilnehmerkreis: Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprecher

24.04.2004 Speyer (IFB-Nr.11.206/02)
05.06.2004 Boppard (IFB-Nr.11.206/03)
19.06.2004 Saarburg (IFB-Nr.11.206/04)

Die Elternfortbildungsveranstaltungen werden in Zusammenarbeit von Landeselternbeirat, Bildungsministerium und dem Institut für schulische Fortbildung und schulpсихologische Beratung (IFB) angeboten. Das IFB führt diese Veranstaltungen durch und ist für den organisatorischen Ablauf zuständig. Die Teilnahme, Verpflegung und (bei zweitägigen Veranstaltungen) die Übernachtung sind kostenfrei, lediglich die Fahrtkosten sind von den Teilnehmern selbst zu tragen. Es wird empfohlen, Fahrgemeinschaften zu bilden. Anmeldungen richten Sie bitte an das IFB, Otto Mayer Str. 14, 67346 Speyer, Telefon 06232/659-0 (Wagner 06232/659-224 oder Lutz 06232/659-139), Fax 06232/659-100, e-Mail: wagner@ifb.bildung-rp.de.

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, eine eintägige Elternfortbildungsveranstaltung vor Ort zu organisieren und dazu eine Referentin vom IFB einzuladen. Für weitere Information und Terminvereinbarungen wenden Sie sich bitte an Frau Helga Wagner, IFB - Speyer, e-Mail: wagner@ifb.bildung-rp.de.